

Rede Tann

Kernthema: Bayern erhalten

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freie Wähler,

ich möchte mich kurz vorstellen für diejenigen, die mich noch nicht kennen:

- Verheiratet, 2 Kinder, von Beruf Gymnasiallehrerin für Sport und Wirtschaft
- Festwirtin
- Seit 13 Jahren für die Freien Wähler im Stadtrat von Landshut
- Noch nie in einer Partei
- Seit 2 Jahren- dank den Wählern- im Bayerischen Landtag für die Freien Wähler
- Der Anfang im Landtag war nicht leicht, es hat uns keiner an die Hand genommen und gesagt wie wir uns organisieren müssen (Mitarbeiter, Büros, Einteilung, Ausschüsse, Arbeitsgremien, Redeprotokolle, wie funktioniert die Geschäftsordnung...)
- Wir 20 Abgeordnete haben alle einen Beruf und können unterschiedliches Fachwissen und Erfahrungen im Berufsalltag außerhalb der Politik einbringen, das ist heute ja nicht mehr selbstverständlich!
- Wir sind Kommunalpolitiker, deshalb wissen wir, wovon wir reden, wir brauchen vieles nicht erst anlesen und unser Kontakt zu den Bürgern und Kommunen ist sehr eng. (Seehofer und seine Mannschaft haben doch schon längst verlernt, auf ihre Basis zu hören und die FDP besitzt ja vielerorts nicht mal eine Basis)

- Es sind die Kommunalpolitiker, die sich tagtäglich vor Ort mit den Anliegen, Bedürfnissen und Problemen unserer Bürgerinnen und Bürger beschäftigen- und nicht nur das, sie bieten auch Lösungen an und versuchen zu vermitteln
- Und heute sind auch eine ganze Reihe unserer Kommunalpolitiker hier, ich freue mich sehr, sie hier begrüßen zu dürfen, z.B. Herr Bürgermeister
- Wir Freien Wähler bringen wichtige Themen im Landtag ein, am Herzen liegen uns z.B. die Stärkung der Kommunen, die Stärkung des ländlichen Raums- im Gegensatz zu den Zukunftsvisionen der Staatsregierung, schnelles Internet für alle, mehr Geld für Bildung, die innere Sicherheit (mehr Polizeibeamte), Bürokratieabbau in allen Bereichen (liegt mir besonders am Herzen)

So viel zu meiner Person, aber nun zurück zu Bayern.

Ein Jahr ist zu Ende, ein Neues hat gerade angefangen.

Es stellt sich die Frage, wo wollen wir hin in der Politik?

Meine Damen und Herren,

wir Freien Wähler wollen unser schönes Bayern erhalten, mit all seinen Traditionen, seiner schönen Kultur und der herrlichen Landschaft, der Sprache, dem bayerischen Handwerk und dem guten bayerischen Essen. Auch wenn nicht immer alles richtig läuft, wir sind stolz auf Bayern und wir wollen, dass auch unsere Kinder auf ihr Heimatland stolz sein können.

Das Festhalten an Traditionen, das ist nicht die Weitergabe von Asche, sondern vielmehr die Weitergabe von Feuer.

Wir müssen das bewahren, was gut und richtig ist und den Mut haben, auch mal Nein zu sagen, wenn wir sehen, dass etwas in die falsche Richtung läuft.

Leider, meine Damen und Herren, werden die Fehlentwicklungen in den letzten Jahren immer mehr.

Zuerst kam die Finanzkrise, dann die Wirtschaftskrise und jetzt wackelt der Euro.

Zwar haben wir in Deutschland die Wirtschaftskrise überwunden und die Auftragsbücher der Unternehmen sind wieder voll. Der Dank dafür gebührt aber vor allem der Bevölkerung und weniger der Politik.

Ich denke auch, dass die Gefahr für den Euro noch nicht vorüber ist. Und bei allem Respekt meine Damen und Herren, haben wir alle schon vergessen, wie leicht und vor allem wie schnell eine Finanz- und Wirtschaftskrise herbeigeführt werden kann?

Was der Stammtisch schon lange wußte, ist nun auch bei den zahlreichen Experten angekommen: der Euro ist ein zweiseitiges Schwert.

Wir haben in den letzten Jahren erfahren, dass riesige Banken untergehen können, durch Missmanagement, die Gier nach Macht, Geld und Einfluss förmlich versenkt werden. Viele deutsche Großbanken- das beste Beispiel hierfür ist unsere Landesbank- konnten ja nur durch die massive Unterstützung durch das Land und den Bund vor dem Ruin gerettet werden. Kurz gesagt, gerettet durch unser Geld! Ich möchte hier ganz bewußt die Sparkassen- und Raiffeisenbanken ausnehmen, denn die haben seriös gewirtschaftet.

Aber nicht nur große Banken sind untergegangen, nein, wir haben auch erfahren müssen, dass selbst ganze Staaten bankrottgehen können!

Griechenland stand ja schon auf der Kippe und mußte von uns mit viel Geld gerettet werden.

Da stellt sich schon langsam die Frage, welche Insel gehört uns den jetzt, wenn wir schon so viel Geld hineinbuttern?

Wer weiß denn, wen oder was wir dieses Jahr noch alles retten müssen? Jetzt stehen auch Irland, Portugal und Spanien auf der Kippe und suchen Unterschlupf unter dem großen Rettungsschirm der EU. Und wer ist der Hauptgeldgeber? Das sind natürlich wir Deutschen.

Europa ist an und für sich eine gute Sache, aber warum sollen wir immer den Kopf für das Fehlverhalten der anderen hinhalten?

Zumal dort gemauschelt und getrickst wird, es werden falsche Zahlen gemeldet, alle wissen davon, aber keiner haut mal auf den Tisch und sagt, so nicht Freunde!

Wir müssen immer der Goldesel von ganz Europa sein und wenn dann mal wirklich einer unserer Politiker in Brüssel nicht mitziehen will, dann heißt es sofort wieder, wir seien uneuropäisch und nicht solidarisch.

Ich bin aber der Meinung, dass wir nicht immer für die Schulden und Schuld aller anderen aufkommen können, wir müssen auch mal hart bleiben und den Geldbeutel zulassen. Wir müssen den Banken den Handel mit risikoreichen Derivaten verbieten. Jedes Land muss eigenverantwortlich handeln und sich nicht mit einem Griff in die Tasche des Nachbarn bedienen. Den Spekulanten muss auch verboten werden, auf fallende Kurse zu wetten. Es muss noch einiges geregelt werden, damit das große Europa nicht untergeht. Vor allem aber, meine Damen und Herren, dürfen keinesfalls die Stabilitätskriterien aufgeweicht werden.

Doch das „Finanzloch Europa“ hat noch nicht genug. Mittlerweile haben die Brüsseler Bürokraten eine neue Idee ausgeheckt. Sie wollen über Euro-Bonds den Deutschen noch weiter in den Geldbeutel greifen. 90% der Deutschen lehnen dies aber ab, und ich rate der Bundesregierung hier nicht einzuknicken.

Genauso wie in Europa müssen wir auch hier in Bayern Entscheidungen hinterfragen und das, meine Damen und Herren, tun wir Freien Wähler im Landtag.

Stoiber, Seehofer und Konsorten waren lange Zeit in der Alleinherrschaft und haben sich mit Slogans wie „Laptop und Lederhose“ gebrüstet.

Mittlerweile liegt aber einiges in unserem schönen Land im Argen und ich kann nur sagen: Es ist gut, dass nach so langer Zeit ein frischer Wind in Bayern weht und jemand den schwarzen Brüdern auf die Finger schaut.

Und das, meine Damen und Herren, das tun wir:

Wir Freien Wähler sind seit vielen Jahren in den Kommunen fest verwurzelt und wir wissen um die Probleme vor Ort.

Die CSU hat viel zu lange alleine entscheiden können und hat nach Gutdünken Mittel und Posten verteilt, aber damit muss jetzt Schluss sein!

Wohin uns dieser Weg geführt hat, das sieht man ja ganz klar an der Landesbank.

10 Milliarden Euro mussten wir zur Rettung hineinstecken, weil sich die Herren Banker und Politiker von den Österreichern über den Tisch haben ziehen lassen.

Und warum? Weil unser ehemaliger Ministerpräsident unbedingt ein „Global Player“ sein wollte und sich einige Damen und Herren bei dem Kauf ein goldenes Näßchen verdient haben.

Anstatt hier in Bayern in den Mittelstand und die kleinen Betriebe zu investieren, wurden im großen Stil in den USA Ramschhypotheken gekauft und auf dem Balkan Luxusyachten finanziert.

Kein vernünftiger Mensch kauft eine marode Bank, gegen deren Chef schon einmal strafrechtlich ermittelt wurde und dann noch mit einem Kaufvertrag, mit dem Sie und ich nicht mal einen Gebrauchtwagen kaufen würden!

Wenn das ihr eigenes Geld gewesen wäre, dann hätten die Herren es sich sicher zweimal überlegt, ob sie die Hypo Alpe Adria wirklich brauchen, aber mit dem Geld der Steuerzahler kann man schon mal zocken.

Jahrelang haben Stoiber und Co allen immer wieder unter die Nase gerieben, wie viel wirtschaftlichen Sachverstand sie doch besitzen und dann sind sie als Löwe gesprungen und als Bettvorleger gelandet.

Jetzt ist das Geld weg, die Hypo Alpe Adria haben wir für einen Apfel und ein Ei wieder an Kärnten zurückgegeben und wir haben kein Geld für Lehrer, Polizeibeamte oder vernünftige Straßen. Meine Damen und Herren, wir haben nicht mal mehr Geld um die Frostschäden an den Straßen auszubessern. Hier rufen schon die Bürgermeister auf, Patenschaften für Schlaglöcher zu übernehmen! Das ist eine Schande für die Staatsregierung. Die schreiben sich in riesigen Großbuchstaben Wirtschaftskompetenz auf ihre Fahnen und sind nicht einmal in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Da frage ich mich meine Damen und Herren, was machen die mit unseren Steuergeldern!

Von den beteiligten Politikern war natürlich auch niemand verantwortlich, obwohl sich die Staatsregierung ansonsten für jeden aufgestellten Gartenzaun feiern läßt.

Außer Spesen nichts gewesen, kann man da nur sagen.

Die neueste Schlagzeile lautet nun, dass einer der ehemaligen Landesbank Vorstände während seiner Tätigkeit 25 Millionen Euro gebunkert hat. Ich sage nur „Sonnenschein und Aplengrauen“.

Kein Mensch weiß, woher das Geld kommt und für was er das bekommen hat.

Und was sagt unser Ministerpräsident dazu?

Der Vorgang sei „betäublich“!

Betäublich ist es, wenn jemand wegen Krankheit leider nicht bei einer Feier erscheinen kann, aber wenn jemand, der bei der Landesbank als Kontrolleur beschäftigt war, heimlich 25 Millionen im Ausland parkt, dann ist das meiner Meinung nach nicht mehr betäublich, sondern das stinkt zum Himmel, das ist kriminell!

Es scheint mir generell so, dass immer mit zweierlei Maß gemessen wird.

Gerät eine Bank oder ein Großunternehmen in Schwierigkeiten, dann treten sich die Minister gegenseitig auf die Füße und die Kanzlerin eilt zur Rettung herbei.

Wenn aber der kleine Metzger von neben an wegen der EU-Hygienerichtlinie dicht machen muss, dann kommt kein Mensch, das interessiert salopp gesagt keine Sau.

Ich habe das selber erlebt, ich war wegen der Richtlinie im Ministerium und habe mit den zuständigen Leuten geredet und dort und im Landtag versucht, Ausnahmeregelungen für die kleinen Metzgerbetriebe zu erhalten, damit diese weiterhin schlachten dürfen.

Und was bekomme ich dann von den anderen Fraktionen im Ausschuss zu hören?

Das ist ja gar nicht so schlimm, und da besteht kein Handlungsbedarf und fast alle Betriebe bekommen ja das Zertifikat.

Das tatsächlich einige Betriebe aufgegeben haben, andere nur deshalb weitermachen konnten, weil sie viel Geld in Umbaumaßnahmen gesteckt haben und einige die eigene Schlachtung einstellen mußten, dafür hat sich keiner interessiert.

So wird der Mittelstand, werden die kleinen traditionellen Betriebe, die fest vor Ort verwurzelt sind, kaputt gemacht.

Stattdessen bleiben dann einige wenige Großbetriebe übrig, bei denen alles industrialisiert ist.

Mittlerweile bin ich der festen Überzeugung, dass dies bewußt so gewollt ist und die Lobbygruppen und Großunternehmen in Brüssel Einfluss nehmen, um die kleinen Betriebe mittels EU-Regelungen vom Markt zu drängen.

Wer geht den schon mal raus zu den Leuten und fragt, was so eine neue gesetzliche Regelung in der Realität bedeutet?

Früher gab es noch überall auf dem Land einen Bäcker, einen Metzger, eine Postfiliale.

Und heute? Heute muss man sich auf dem Land ins Auto setzen und entweder zum nächsten Supermarkt oder zum „Postbankfinanzcenter“ fahren, um ein Päckchen aufgeben zu können. Dabei darf man dann meistens noch ewig in der Schlange stehen und warten, weil jetzt nicht mehr nur Postdienstleistungen angeboten werden, sondern gleichzeitig auch Finanzgeschäfte abgewickelt werden.

Den Bäcker gibt es mit ein bißchen Glück noch, dafür muss er sich mit EU-Bürokraten rumschlagen, die ihm vorschreiben wollen, wie viel Salz er auf die Breze machen darf oder ob er noch frische Eier verwenden darf.

Meine Damen und Herren, wie viel Salz eine echte bayerische Breze haben darf, das entscheiden wir noch immer selber, da brauchen wir niemanden in Brüssel dazu!

## **Mittelstand**

Dafür setzen wir Freie Wähler uns ein, für den Mittelstand und für die Regionalität im Land.

Denn eines ist auch klar, der Mittelstand nimmt seine soziale Verantwortung nach innen und nach außen, gegenüber seinen Mitarbeitern und der Gesellschaft wahr. Ganz im Gegensatz zu manchen Großunternehmen, die dies oft vergessen.

Mittelständische Familienunternehmen sind keine Schönwetterunternehmer.

Sie können nicht einfach ins Ausland gehen um Steuern zu sparen.

Wenn es ihnen schlecht geht, dann kommt weder der Ministerpräsident noch die Kanzlerin, um einen Rettungsschirm aufzuspannen.

Nein, der Mittelstand muss sich selbst helfen.

Die Interessen und Probleme des Mittelstandes stehen daher für uns Freie Wähler im Mittelpunkt, wobei ich auch ausdrücklich die Landwirtschaft zum Mittelstand zähle. Wir richten unsere Aufmerksamkeit auf den familiengeführten Mittelstand, denn hier arbeiten 75 % der Beschäftigten und diese Betriebe bilden ca. 80% der Lehrlinge aus.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, welche Herausforderungen ein familiengeführter, mittelständischer Betrieb regelmäßig zu bewältigen hat.

Einerseits gilt es unzählige Vorschriften zu beachten, vom Arbeitsschutz über Hygienevorschriften, die Sozialversicherung, die Zwangsmitgliedschaft in der IHK, Umweltschutzaufgaben, zahlreiche Dokumentationspflichten, Qualitätsmanagement, Zertifizierungen oder die arbeitsmedizinische Betreuung durch private Gesellschaften.

Gleichzeitig sollen die Betriebe aber möglichst hohe Qualität zu möglichst günstigen Preisen produzieren.

Das größte Problem ist ohne Zweifel die überbordende Bürokratie.

Wir alle kennen sie, die Beispiele für mehr oder minder geglückte Regelungen:

mehrseitig engbedruckte Formulare, die Suche nach dem zuständigen

Ansprechpartner in einer Behörde.

Für eine abgeschaffte Regelung werden drei neue Gesetze erlassen und mittlerweile sind wir soweit, dass wir einen Antrag auf ein Antragsformular ausfüllen müssen.

In Wahrheit kommt doch auf den Mittelstand immer mehr Bürokratie zu, da hilft auch unser ehemaliger Ministerpräsident Stoiber und seine „Expertengruppe“ in

Brüssel nichts, der den bayerischen Haushalt dann jährlich noch mit 500.000 Euro belastet.

Nicht anders geht es derzeit unseren Hausärzten, diese versinken langsam aber sicher in einer Papierflut. Früher hatte ein Arzt noch Zeit, sich ausführlich mit seinen Patienten zu befassen, jetzt verbringt er die meiste Zeit mit dem Ausfüllen von Formularen und aufgrund des komplizierten Abrechnungssystem sind am Ende des Jahres nicht mehr genügend Mittel für einzelne Behandlungen übrig.

Dabei entsteht echte Wertschöpfung von Arbeit nur da, wo man 100% seiner Arbeitskraft einsetzen kann und nicht bloß 30%, weil der Rest für Verwaltungsaufgaben und das Ausfüllen von Statistiken draufgeht.

Meine Damen und Herren,

das sind nur einige Beispiele, ich bin sicher, dass jedem der hier Anwesenden mit Leichtigkeit noch mehr Beispiele einfallen würden.

Wir Freie Wähler wissen um die Probleme der kleinen Betriebe, der Schreiner, der Spengler, der Zimmerer und der Landwirte. Wir Freie Wähler fordern:

1. Eine bürokratieberuhigte Zone für kleine und mittelständische Betriebe. Es darf nicht ständig neue Vorschriften und Regelungen geben.
2. Wir Freie Wähler wollen, dass diese traditionsreichen Familienbetriebe auch in der nächsten Generation noch erfolgreich bestehen. Die Kinder der heutigen Mittelständler sollen eine berufliche Perspektive haben um den elterlichen Betrieb übernehmen zu können und auch übernehmen zu wollen. Dies gilt in besonderem Maße auch für die Landwirtschaft.
3. Wir Freie Wähler wollen, dass die Unternehmen Rechtsicherheit haben, dass Sie langfristig und vernünftig planen können und dass die gesetzlichen Vorschriften nicht jedes Jahr dreimal geändert werden.
4. Wir Freien Wähler wollen, dass kleine Betriebe von Statistik- und Auskunftspflicht befreit werden und nicht jeden Tag Unmengen von Formularen ausfüllen müssen, die hinterher kein Mensch mehr liest.

5. Wir Freie Wähler wollen nicht, dass alles nur noch online erledigt werden kann und muss, dass betriebliche Daten nur noch per Internet übermittelt werden dürfen.
6. Wir Freie Wähler wollen, dass verstärkt der Mittelstand von Fördermitteln profitiert und nicht die Großkonzerne, die ihre Gewinne im Ausland günstig versteuern und bei uns die Verluste geltend machen.

Meine Damen und Herren, ich zähle die Landwirtschaft zum familiengeführten Mittelstand- trotzdem möchte ich auf diese Betriebe gesondert eingehen, weil sie in den letzten Jahren verstärkt mit unterschiedlichen Problemen zu kämpfen haben.

### Landwirtschaft

Thema Landwirtschaft, auch da brennt es an allen Ecken und Enden.

Vielen kleinen Höfen steht das Wasser buchstäblich bis zum Hals, dabei haben gerade die kleinen Höfe das Bild von Bayern geprägt.

Wenn man früher durch die Dörfer fuhr, dann konnte man überall zig kleine, familiengeführte Bauernhöfe finden, man wußte noch, wo der heimische Metzger seine Rinder und Schweine kauft und was die zu fressen kriegen.

Und heute?

Heute kommen die Futtermittel von großen Herstellern, die gleichzeitig auch Industriefette herstellen. Diese beliefern dann Dutzende von Betrieben, auch viele kleine Bauernhöfe. Wenn diese Futtermittel dann mit Dioxin belastet sind- wie aktuell in Niedersachsen- dann sind die Dummen und Leidtragenden wie so oft die Landwirte und Verbraucher.

Für mich sind die Verantwortlichen dieser Unternehmen Verbrecher, Verbrecher mit einer hohen kriminellen Energie. Diese Leute setzen aus Profitsucht und Gewinnmaximierung die Gesundheit und Existenz vieler Menschen aufs Spiel. Doch anstatt diese Leute dingfest zu machen und ihrer gerechten Strafe zuzuführen, laufen Untersuchungen und Untersuchungen und was passiert- letztendlich gar nichts! Und was unternimmt unsere Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner: Viel zu wenig- Sie sagt nur, das ist ein Skandal im Skandal!

Meine Damen und Herren, dafür brauchen wir Politiker nicht, soweit kommen wir auch allein. Wir brauchen endlich Politiker, die handeln und Rückgrat beweisen und dafür sorgen, dass nicht in ein, zwei Jahren ein neuer Lebensmittelskandal auftaucht. Es ist schließlich nicht das erste Mal, das Dioxin in Tierfutter und dann in Eiern, Hühnern oder Schweinen gefunden wurde! Das wird doch mit schöner Regelmäßigkeit immer wieder irgendwo in Deutschland festgestellt! Jedes Mal werden uns von Seiten der Politik Konsequenzen versprochen, und trotzdem haben wir das gleiche Problem kurze Zeit später wieder! Das ist doch der eigentliche Skandal!

Aber zurück zu den kleinen Landwirten.

Heute müssen wir die kleinen Landwirte ja schon fast mit der Lupe suchen, viele haben mittlerweile aufgegeben oder bewirtschaften ihre Höfe nur noch im Nebenerwerb, da es sonst hinten und vorne nicht zum Leben reicht.

Stattdessen schießen in anderen Bundesländern riesige Mastbetriebe oder Agrarkonzerne wie Pilze aus dem Boden, die dann Millionen von EU-Fördergeldern einkassieren. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wie kann es sein, dass beispielsweise eine Fluggesellschaft wie die Lufthansa Agrarfördermittel erhält? Diese Fördermittel stehen Ihnen, den Landwirten zu und nicht der Lufthansa, Süd Chemie oder anderen Großkonzernen!

Und dann stehen wir irgendwann wieder da mit dioxinverseuchten Eiern, weil irgendwo in der Industriekette das Zeug ins Futter gelangt ist.

Hinterher will es wieder kein Mensch gewesen sein, die Firmen schieben sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe und der gelackmeierte ist der Landwirt.

Der steht dann da und kann seine Ware nicht verkaufen und muss für teures Geld testen lassen, ob seine Tiere mit dem giftigen Zeug belastet sind.

Das Vertrauen der Bevölkerung ist weg, auch wenn der kleine Bauer aus dem Nachbarort überhaupt nichts von dem Zeug verfüttert hat.

Oder denken Sie an die BSE-Krise.

Da wurde jahrelang Tiermehl in Futtermittel gemischt, obwohl jedes Kind weiß, dass Rinder Grasfresser sind!

Am Ende stand dann wieder der Bauer als der Dumme da, weil seine Rinder krank geworden sind und kein Mensch mehr Rindfleisch kaufen wollte!

Von Analogkäse und Schummelschinken und was uns sonst noch so von der Lebensmittelindustrie angedreht wird, will ich lieber gar nicht erst anfangen.

Ein anderes Beispiel: Thema Milch.

Es gibt seit Jahren ein Überangebot an Milch in der EU, der Milchpreis ist total im Keller.

Molkereien und Discounter drücken gnadenlos die Preise, mithalten können da nur noch Großproduzenten.

Und der kleine Landwirt mit dreißig, vierzig Kühen im Stall, der kann seine Milch gar nicht so billig produzieren, wie sie bei den Discountern angeboten wird.

Da werden monopolartig die Preise diktiert nach dem Motto: Friss oder Stirb.

Was war das damals für eine riesen Aufregung, es wurden Milchpreisgipfel einberufen und in schönen Sonntagsreden Unterstützung versprochen.

Was ist tatsächlich passiert? Nichts!

Wer interessiert sich denn heute noch dafür, keine Sau, salopp gesagt, nur noch RTL.

Da werden dann bei Bauer sucht Frau „humorvolle Hühnerwirte“ oder schüchterne Schweinezüchter präsentiert, die romantische Abendessen im Heu vorbereiten oder mit dem Trecker am Bahnhof vorfahren.

So werden die Landwirte als „Dummerchen“ und Trottel dahingestellt, die kein Mensch mehr ernst nimmt.

Die Realität sieht aber anders aus.

Wir haben in Bayern rund 113.000 landwirtschaftliche Betriebe, die 700.000 Arbeitsplätze stellen.

Der Großteil davon sind familiengeführte Betriebe, da steckt viel Herzblut und Arbeit drin.

Trotzdem müssen sich die Eltern sorgen, ob ihre Kinder den Hof einmal übernehmen können und wollen.

Meine Damen und Herren, wir Freien Wähler wollen, dass diese kleinen und mittleren Betriebe erhalten bleiben.

Wir wollen nicht, dass sie von ihrer Arbeit nicht mehr Leben können oder von bürokratischen Hindernissen und immer neuen Ideen aus Brüssel erdrückt werden.

Wir wollen auch nicht, dass Tiere patentiert werden und dann jeder Landwirt für seine Schweine oder Kühe einem amerikanischen Großunternehmen sein sauer verdientes Geld in den Rachen werfen muss!

Demnächst wird dann die Luft oder die Sonne patentiert oder Brüssel schreibt eine Mindestgröße und –breite von Schweinen vor, damit sie besser in eugenormte Transporter passen.

Hier müssen wir klar sagen: Stopp- bis hierher und nicht weiter!

Wir brauchen und wollen keine „grüne Gentechnik“ und wir wollen auch nicht, dass irgendein Konzern auf Versuchsflächen Amflorakartoffeln oder Genmais testet und die benachbarten Bauern dann hinterher Scherereien haben, weil ihre Felder mit Gentechnik-Pollen verunreinigt wurden.

Wir Freie Wähler sagen klipp und klar: grüne Gentechnik nicht mit uns!

Den Schlingerkurs der anderen Parteien bei diesem Thema, ob bei uns in Bayern, im Bund oder in Europa machen wir Freie Wähler nicht mit!

Unser Ministerpräsident und seine Parteifreunde wechseln ihre Meinung schneller als andere Leute ihre Unterhosen und versprechen das Blaue vom Himmel.

Inzwischen ist es ja schon weit, dass die Bürgermeister bei einem Besuch der Ministerpräsidenten sofort ihr goldenes Buch zücken, während seine Fraktionskollegen verzweifelt versuchen den Stift zu verstecken, damit er ja nicht wieder teure Versprechen abgibt!

Aber da, wo sie wirklich mal tätig werden sollten, da passiert nichts!

Wir ersticken langsam aber sicher in Bürokratie, aber für jede abgeschaffte Vorschrift gibt es drei neue.

Die neueste Modeerscheinung und die Zauberformel schlechthin ist ja jetzt, alles nur noch elektronisch zu erledigen. Beim Arzt wird der Patient codiert aufgenommen und als Nummer virtuell verwaltet, der Handwerker kann öffentliche Aufträge nur noch auf einer speziellen Internetplattform einsehen und wir werden mittels ELENA-Verfahren und anderer Regelungen immer mehr zum gläsernen Menschen.

Unser ehemaliger Ministerpräsident Stoiber präsentiert das dann als Bürokratieabbau und lässt sich dafür feiern! Meine Damen und Herren, derjenige, für den es von Vorteil ist, alles online zu machen, der soll das ruhig so machen, aber alle anderen müssen nach wie vor die Möglichkeit haben, ihre Daten wie bisher auch beispielsweise in Papierform per Post zu übermitteln.

Dummerweise gibt es in Bayern noch viele Regionen, die gar keinen oder keinen schnellen Internetanschluss haben, obwohl doch das Motto: Laptop und Lederhose lautet!

Jahrelang wurde uns von Seiten der Staatsregierung erzählt, es sei nicht Aufgabe des Staates, für eine ausreichende und flächendeckende Breitbandversorgung auf dem Land zu sorgen, das müsse die Privatwirtschaft regeln.

Warum aber sollte die Telekom in teure DSL-Leitungen und Anschlüsse auf dem Land investieren, wenn es sich für sie wirtschaftlich nicht lohnt?

Jetzt haben wir den Salat und stehen da mit unseren gesetzlichen Vorschriften und den tollen Internet-Datenbanken und nur die Hälfte von Bayern kann diese nutzen.

Wenn man in den 60er und 70er Jahren mit dem Telefonanschluss genauso verfahren wäre, dann hätte heute noch nicht jeder sein Telefon und wir könnten die Post mit der Brieftaube schicken!

Meine Damen und Herren,

eine weitere und viel schlimmere Großbaustelle: die Bildungspolitik.

G8, G9, Mittelschule etc., das sind ja mittlerweile schon richtige Reizworte.

Ständig wird ein neues Modell, eine neue Reform oder ähnliches angekündigt und als der Durchbruch gefeiert.

Die Wahrheit ist aber, dass dies alles nur kosmetische Schönheitsoperationen sind, da wird an einer Stelle ein Pflaster raufgeklebt und an der anderen Stelle etwas geschminkt und schon sieht der Patient nicht mehr todkrank, sondern wieder recht lebendig aus.

Egal wie man es nennt, die Probleme sind trotzdem seit Jahren dieselben.

Überfüllte Klassenzimmer, zu wenig Lehrer und zu viele Stunden, die ausfallen.

Das G8 hat zwar die Schulzeit um ein Jahr verkürzt, gleichzeitig ist aber der Druck auf Schüler, Eltern und Lehrer immens gestiegen.

Zu viel Lernstoff muss in zu kurzer Zeit eingetrichtert werden, anstatt die Lehrpläne zu entrümpeln, wurde einfach nur „verdichtet“.

Aber mal ehrlich, es gibt sicher wichtigere Dinge als den Bienenschwänzeltanz oder die Zahnreihe der Katze zu lernen.

In meinen Augen ist es mindestens genauso wichtig wie das Vermitteln von Wissen: Meine Damen und Herren- ich rede von der Erziehung, der Vermittlung von Anstand, Ehrlichkeit, Höflichkeit und Rücksichtnahme. Rücksichtnahme auch auf schwächere Menschen in unserer Gesellschaft.

Wir überfordern unsere Gymnasiasten und Abiturienten und sind dann auch noch stolz darauf, dass in Bayern die höchsten Anforderungen gestellt werden, um das Abitur zu bestehen. Gleichzeitig müssen unsere bayerischen Studenten nach Österreich gehen, wenn sie studieren wollen, weil sie hier den Numerus Clausus nicht schaffen oder es keine Studienplätze mehr gibt.

Stichpunkt Hauptschulen:

Wenn wir so weiter machen, dann gibt es in ein paar Jahren keine Hauptschulen auf dem Land mehr.

Früher gab es noch die Dorfschulen, wo notfalls auch mal die Klassenstufen untereinander zusammengelegt wurden und die Kinder alle zusammen und alle von-und miteinander gelernt haben.

Heute dagegen müssen die Schulen eine bestimmte Größe haben, ansonsten werden Schulverbände gegründet und unsere Kinder stundenlang durch die Gegend transportiert. Dabei müssen sie in überfüllten Bussen stehen, weil sich die Gemeinden die steigenden Beförderungskosten nicht mehr leisten können und dürfen sich auf unseren schlechten Straßen mehrmals am Tag von den Schlaglöchern durchrütteln lassen.

Meine Damen und Herren, wir Freie Wähler wollen das nicht, wir wollen, dass auch die kleinen Hauptschulen vor Ort erhalten bleiben, dass unsere Kinder eine vernünftige Schulbildung und anschließend einen Ausbildungsplatz erhalten.

Wir wollen kleinere Klassen und mehr Lehrer, damit jeder nach seiner Begabung gefördert werden kann, damit jeder in unserer Gesellschaft eine wirkliche Erstchance bekommt.

Gerade der Mittelstand braucht gut ausgebildete Schulabgänger, es muss ein gewisser Grundstandard vorhanden sein.

Jedes Jahr wird von allen Seiten über den Mangel an Lehrstellen geschimpft, aber gleichzeitig gibt es immer noch zu viele junge Menschen, die ohne Schulabschluss von der Schule abgehen. Wir müssen daher endlich mehr in Bildung investieren und vor allem die Haupt- und Berufsschulen stärken.

Der Mensch, meine Damen und Herren, fängt nicht beim Akademiker an, wie man meinen könnte, wenn man die Diskussion um die Bildungspolitik verfolgt.

Eine Ausbildung bietet vielfältige berufliche Möglichkeiten und vermittelt zusätzlich andere Erfahrungen und Werte als in der Schule. Sie erfahren die Bedeutung von Fleiß, Disziplin, Eigenverantwortung und Teamarbeit.

Es ist daher kein Wunder, dass junge Menschen, die über eine berufliche Bildung verfügen sich häufiger selbständig machen. Unsere Wirtschaft braucht aber Unternehmer, die auch etwas unternehmen, sich mit eigenen Ideen auf den Markt wagen.

Wir brauchen nicht nur Theoretiker, sondern auch Praktiker, die mit ihren Händen einen realen Wert schöpfen, die etwas herstellen und nicht nur virtuelles Geld von A nach B bewegen.

Dafür müssen wir aber auch mehr Geld in die Hand nehmen und in Bildung stecken.

Es ist mir zum Beispiel schleierhaft, warum wir unsere Junglehrer nach ihrem Abschluss nicht einstellen, wenn sich gleichzeitig schon Eltern zusammentun und an einigen Schulen Aushilfslehrer spielen müssen, damit nicht immer so viel Unterricht ausfällt.

So etwas erwarte ich von einer Bananenrepublik, aber nicht in Bayern!

Und wo fließt das Geld hin?

In immer neue Gutachten zum Donauausbau oder zur Dritten Start-und Landebahn am Flughafen München. Diese Gutachten sind das Papier nicht wert auf dem sie gedruckt werden. Sie sind nach kurzer Zeit eh schon wieder hinfällig. Oder aber in teure Umfragen, die der Staatsregierung sagen, sie soll auf die FDP schimpfen und uns Freie Wähler todschweigen, um die nächsten Wahlen zu gewinnen.

Das Geld wird auch in Reformen gesteckt, wie die Polizeistrukturereform, die nichts gebracht hat und ihr Geld nicht wert war. Das geht weiter so mit dem Zukunftsrat der Staatsregierung, der eine 100seitige Studie vorgelegt hat, die dann besagt, dass der ländliche Raum nicht mehr gefördert werden soll und das Geld künftig nur noch in „Metropolregionen“ fließen soll. Wir im ländlichen Raum sollen uns dann mit der schönen Landschaft zufrieden geben, während das Geld nach München fließt. Diese und ähnliche „Zukunftsvisionen“ hecken ein paar „Großkopferte“ aus, die Seehofer höchstpersönlich berufen hat, um Bayern fit für die Zukunft zu machen. Meine Damen und Herren, wenn so die Zukunft für uns aussieht, dann gute Nacht. Da fehlt doch jegliche Bodenhaftung und jeglicher Sachverstand. Ich frage mich, wann die Mitglieder dieses „Expertengremiums“ das letzte Mal außerhalb von München waren.

Wir Freie Wähler, meine Damen und Herren, wir wissen dagegen um die Probleme in ganz Bayern, wir fragen unsere Basis vor Ort, wir reden mit den Leuten. Wir brauchen keine teuren Gutachten oder „Expertengruppen“ um zu wissen, wo der Schuh drückt.

Zum Beispiel beim Thema Sicherheit.

Unser oberster Sheriff vom Dienst, Innenminister Joachim Hermann, verkündet zwar immer mit stolzgeschwellter Brust, dass die Kriminalitätsrate sinkt, aber die gefühlte Sicherheit ist eine andere.

Heute ist es schon so weit, dass man als normaler Bürger nachts am Wochenende nicht mehr alleine durch die Innenstadt gehen kann, weil man ständig Angst haben muss, aus reiner Langeweile zusammengeschlagen zu werden. Oder stellen Sie sich einmal vor, bei Ihnen wurde eingebrochen oder Sie haben einen Verkehrsunfall. Sie rufen bei der Polizei an, aber niemand kommt, weil es einfach nicht genug Polizeibeamte gibt.

Da nützt es den Betroffenen wenig, wenn Innenminister Hermann stolz erzählt, wie viele Beamte doch diese oder jene Dienststelle habe.

Leider bestehen viele dieser Stellen nur auf dem Papier, aber Papier, meine Damen und Herren, ist geduldig. Wir brauchen aber auch in der Realität, draußen auf den Straßen mehr Polizeibeamte. Unsere Polizisten machen einen sehr guten Job, aber die Herausforderungen werden immer mehr, sie sind jetzt personalmäßig bereits an der Obergrenze. Es kann doch nicht sein, dass künftig alljährlich in der Weihnachtszeit eine Urlaubssperre verhängt wird, weil unsere Polizisten wegen Terrorwarnungen die Weihnachtsmärkte verstärkt überwachen müssen und es nicht genügend Personal gibt! Die Zahlen, wie viele neue Polizeibeamte ihre Ausbildung erfolgreich beenden und wie viele Beamte in Pension gehen, die liegen doch lange im Voraus vor! Dann muss ich als Staatsregierung eben dafür Sorge tragen, dass auch genügend Beamte eingestellt werden. Stattdessen will unser Innenminister vermehrt Sicherheitswachen ausbauen. Meine Damen und Herren, die innere Sicherheit, der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger, das ist eine Pflichtaufgabe des Staates, die darf nicht abgeschoben und privatisiert werden!

Der Staat darf sich seiner Fürsorgepflicht nicht entziehen. Die Polizei schützt uns und daher muss der Staat auch dafür Sorge tragen, dass auch unsere Polizeibeamten geschützt werden. Aus diesem Grund bedeutet innere Sicherheit für uns: ausreichende Personalausstattung, leistungsbezogene Bezahlung, eine optimal Ausrüstung und genügend Freizeit, um sich von anstrengenden Einsätzen erholen zu können.

Meine Damen und Herren, wir Freie Wähler wollen mehr Sicherheit für uns alle, was wir nicht wollen sind viel zu viele unnötige Einschränkungen und

Bestimmungen. Wir wollen keine Veranstaltungen abschaffen, nein wir wollen, dass man sich sicher fühlt, wenn man Veranstaltungen besucht.

Wir wollen Freiheit durch Sicherheit.

Die Freiheit hört bei uns da auf, wo die Gesellschaft gefährdet wird, beispielsweise bei der Sicherungsverwahrung. Für uns Freie Wähler geht der Schutz der Bevölkerung und insbesondere unserer Kinder vor, die Freiheit von gefährlichen Schwerverbrechern, vor allem von Sexualstraftätern muss da hinten anstehen. Ich kann es nicht nachvollziehen, wenn sich hier die EU einmischt und über unsere Köpfe bestimmt, dass diese Personen aus der Sicherungsverwahrung wieder entlassen werden. Es gibt einen Grund, warum diese Schwerverbrecher in der Sicherungsverwahrung sitzen!

Meine Damen und Herren, wir setzen uns auch für ein Vermummungsverbot bei Demonstrationen ein. Wer für eine Sache friedlich eintritt, der braucht sich nicht zu verhüllen, der kann sein Gesicht ruhig zeigen.

Um mehr Sicherheit und damit auch Freiheit für uns alle zu erreichen, müssen wir aber auch im Bereich Sicherheit mehr Geld investieren.

Ständig kriegen wir zu hören, wir haben kein Geld für mehr Polizeipersonal oder mehr Richter, aber was passiert dann? Plötzlich werden kurzfristig millionenschwere Programme aufgelegt, wie zum Beispiel „Aufbruch Bayern“. Rechtzeitig vor Weihnachten von der Staatsregierung aus dem Sack geholt und großspurig als Meilenstein angepriesen.

Ich sage, dass ist eine Mogelpackung, mehr Schein als Sein.

Zuerst wird überall in ganz Bayern der Rotstift angesetzt, dann werden diese Maßnahmen flugs in ein neues Programm verpackt und als zusätzliche Investition und „Aufbruch Bayern“ verkauft! Das ist Känguruh-Politik, große Sprünge mit leerem Beutel!

Natürlich ist es schön, dass endlich die Polizeidienststelle in Freyung-Grafenau saniert wird.

Aber wenn wir ehrlich sind, gehört es zu den Basisaufgaben des Staates, seine staatlichen Gebäude zu unterhalten und zu sanieren, da ist es eine Frechheit, dies als zusätzliches „Geschenk“ zu vermarkten.

Und wie wird der Aufbrauch Bayern finanziert?

- Etwa durch den Verkauf der restlichen E-ON Aktien. Die weisen derzeit aber eine Rendite von 6 % auf. Die Tendenz ist steigend, da die Energiekonzerne ihre Preise erhöhen. Da sollten wir die Aktien besser behalten und Rücklagen für die Zukunft bilden.
- Oder wie es Stoiber gemacht hat. Der hat Bayerns Tafelsilber verkauft. Da wurden solide Firmenbeteiligungen verkauft. Der Verkaufserlös wurde dann in hochspekulative Papiere wieder investiert. Das Endergebnis-Papiere, die heute zum Teil keinen Cent mehr Wert sind.
- Und jetzt macht Seehofer da weiter wo Stoiber aufgehört hat. Er verscherbelt das restliche Tafelsilber, um finanziell über die Runden zu kommen. Zumindest bis zur nächsten Landtagswahl.

Wenn so der wirtschaftliche Aufbruch Bayerns finanziert wird, dann werden wir nicht mehr lange aufbrechen können. Denn viel gibt es nicht mehr zu verkaufen.

Im Übrigen, was bitte haben einzelne Sanierungsmaßnahmen mit dem wirtschaftlichen Aufbruch in Bayern zu tun?

Ganz zu schweigen davon, dass wir hier in Niederbayern mal wieder so gut wie nichts abbekommen, magere 82 Millionen Euro kriegen wir, kein anderer Regierungsbezirk schneidet so schlecht ab. Und wo fließt das Geld mal wieder hin?

Der Löwenanteil geht mal wieder an Oberbayern, während hier bei uns der ländliche Raum ausblutet und der Rest Bayerns langsam in Dunkelheit versinkt. Oberbayern bekommt dagegen 382 Millionen Euro!

Es reicht eben nicht, immer wieder zu betonen wie toll doch Bayern ist und sich zur Mitmachpartei zu erklären, den schönen Worten müssen auch konkrete Taten folgen!

Da kann auch ein Herr von und zu Guttenberg nicht helfen, er mag zwar als Hoffnungsträger der Schwarzen gelten und Rückgrat beweisen, aber leider gibt es ansonsten zu viele Lügenbarone und Windbeutel, die nur heiße Luft produzieren.

Wir Freie Wähler sind seit Jahren kommunal fest verankert, bei uns geht die Entscheidungsfindung von unten nach oben.

Hier sitzen etliche Freie Wähler Bürgermeister, Bezirks, Kreis, Stadt- und Gemeinderäte, die sich tagtäglich um ihre Probleme und ein gutes Miteinander bemühen.

Die Kommunalpolitiker wissen um die Probleme vor Ort, sie bilden unsere Basis.

Das sind viele kleine Rädchen, die ineinander greifen und das ist unsere Stärke.

Meine Damen und Herren, da mir die Mittelstandspolitik besonders am Herzen liegt, möchte ich noch an die Bürgermeister, Stadt-, Gemeinde- und Kreisräte, appellieren, ich weiß, Sie machen es eigentlich schon, aber trotzdem haben Sie den Mut dazu: nutzen Sie ihren Spielraum bei Ausschreibungen „den wirtschaftlichsten Anbieter“ zu nehmen.

Dieser sitzt meist vor Ort oder in der Region und er bietet Kundennähe, Wochenendservice und kann Nachbesserungen oft sehr schnell erledigen, im Gegensatz zum billigsten Anbieter von irgendwoher.

Die Vergaben vor Ort oder in der Region stärken die Kleinunternehmen und den Mittelstand, sie sind somit mittelstandsfreundlich und aufgrund der kurzen Wege auch umweltbewusst. Sie stärken die Struktur und das Bild von ganz Bayern.

Meine Damen und Herren,

wir Freien Wähler sind anders als die klassischen Parteien. Bei uns gibt es keinen Fraktionszwang, bei uns werden Entscheidungen von unten nach oben getroffen. Die Diskussionen sind nicht immer leicht und manchmal auch etwas langwierig, aber das nehmen wir in Kauf.

Wir sind auch nicht farblos, wie es manchmal heißt, meine Damen und Herren, wir identifizieren uns mit der Farbe Orange! Schwarz dagegen ist keine Farbe im farbtechnischen Sinn, das ist ein Zustand! In der Natur bedeutet schwarz-gelb, vorsichtig giftig, Finger weg!

Orange dagegen ist eine warme Farbe, die auch im Dunkeln leuchtet. Wir sind wie die Mitarbeiter vom Bauhof oder Müllmänner, orange, fleißig, bodenständig, überall zu gebrauchen, Frühaufsteher und wir räumen den Mist weg, den die anderen hinterlassen haben!

Wir sind unabhängig und daher lehnen wir auch die jetzige Parteispendenpraxis ab. Im Übrigen kann es doch auch nicht sein, dass Großbetriebe Kurzarbeitergeld bekommen und im gleichen Jahr üppige Parteispenden verteilen. Wenn ich kein Geld habe, um meine Mitarbeiter zu bezahlen, dann sollte ich auf Parteispenden verzichten.

Wir Freie Wähler finanzieren uns nicht mit Parteispenden von Großkonzernen, vor denen wir dann jedes Mal einen Knicks machen müssen. Wir sind ein Verein, bei uns können höchstens 1.650 Euro pro Person und Jahr gespendet werden und nicht gleich mal eine Viertelmillionen Euro! Im Gegenteil, wir wollen den Spendensumpf trockenlegen, hier in Bayern und im Bund, ohne Rücksicht auf die Frösche, die sich so munter darin tummeln.

Wir arbeiten sachorientiert und sind uns auch nicht zu schade, einer guten Idee von den anderen Parteien zuzustimmen, wenn sie Bayern tatsächlich voranbringt.

Wir Freie Wähler wollen, dass die bayerischen Traditionen erhalten bleiben, dass wir noch wie früher beim kleine Bäcker oder Metzger von nebenan unser Brot und unsere Weißwürste kaufen können.

Wir Freie Wähler wollen, dass unsere Kinder eine gute Schulbildung erhalten und dafür nicht um 4 Uhr aufstehen und zwei Stunden mit dem Bus fahren müssen.

Wir Freie Wähler wollen, dass die kleinen Betriebe vor Ort, die Bäcker, die Metzger, die Maler oder Landwirte, dass die erhalten bleiben, dass sie eine Zukunft haben, dass deren Kinder einmal den Betrieb übernehmen können und eine berufliche Zukunft haben.

Wir Freie Wähler wollen, dass unsere Schwimmbäder und Sportplätze und kleinen Stadtbibliotheken erhalten bleiben und die Gemeinden auch in Zukunft für solche Dinge etwas Geld übrig haben.

Wir Freie Wähler wollen, dass Sie sich sicher auf Bayerns Straßen und in Bayerns Städten fühlen können und dass Straftaten auch angemessen bestraft werden.

Wir Freie Wähler wollen, dass die Bürger vor Ort und im ganzen Land mehr in der Politik mitreden können und zu wichtigen Themen auch direkt gefragt werden, auch bundesweit.

Wir Freie Wähler wollen Ehrlichkeit in der Politik und kein Gemauschel mehr und wir wollen, dass die Verantwortlichen auch zu ihren Entscheidungen stehen und sich nicht davonstehlen.

Dafür sind wir angetreten und dafür werden wir uns jetzt und in Zukunft einsetzen, besser als die CSU, weil wir christlicher, sozialer und vor allem unabhängiger sind!

Zum Schluss möchte ich aus aktuellem Anlass noch einige Worte zu den letzten Pressemeldungen zur Nachfolge von Herrn Dr. Ring in der BLM verlieren.

Wie Sie wissen bin ich, zusammen mit 46 weiteren Mitgliedern, im Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien, kurz BLM genannt, vertreten. Dort wird am 24. Februar ein neuer Präsident gewählt.

Für uns Freie Wähler ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Qualifikationen, die Kompetenzen und die Ausbildung, die man braucht um ein solches Amt zu bekleiden, im Vordergrund stehen muss.

Bisher war Herr Staatsminister Schneider der einzige Kandidat auf weiter Flur, vor allem, weil er so schön in die politischen Pläne von Herrn Ministerpräsident Seehofer passt. Dieser könnte dann den Wahlkreis von Herrn Staatsminister Schneider beerben und Finanzminister Fahrenschon ein MdL-Mandat übernehmen.

Dieses parteipolitische Taktieren zeigt deutlich, dass es der Regierungspartei nicht um eine Qualifizierte Besetzung der Stelle des Präsidenten des BLM geht. Es geht vielmehr um eine weitere Runde im Personalkarussell des Ministerpräsidenten für die nächsten Wahlen. Uns Freien Wähler ist dies mehr

als zuwider, um nicht zu sagen peinlich, wir wollten eigentlich eine öffentliche Ausschreibung der Position, damit sich fachlich geeignete Personen bewerben können.

Wir haben daher auch einen entsprechenden Gesetzentwurf im Landtag eingebracht. Leider haben wir uns bisher nicht durchsetzen können.

Trotzdem haben wir eine geeignete Kandidatin gefunden und damit auch erreicht, dass Demokratie und Wahlrecht in Bayern nicht nur leere Worte sind. Wir brauchen einen obersten Medienwächter und keinen mit einem obersten schwarzen Parteibuch.

